

Bezugspreis:

Für den Monat August 50.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Ungarn 100.— M. für das übrige Ausland 172.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Schweden, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Reich“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Völkergeschichte“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-293 und 2506-2507

Mittwoch, den 2. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag: Hauptexpedition u. Anfertigung: Dönhofs 2506-2507

Anzeigenpreis:
Die einseitige Raumverteilung kostet 25.— M. Restzahlung 125.— M. „Kleinanzeigen“ das seitgedruckte Wort 7.— M. (zünftig zwei Zeilen drucke Worte), jedes weitere Wort 6.— M. Stichgebühren und Schließungen des ersten Wortes 4.— M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Poincarés Ultimatum.

Um die 40 Millionen zum 15. August. — Englische Note für internationalen Finanzausgleich.

Der heutige Tag hat zwei diplomatische Noten von größter Bedeutung gebracht. Die eine stellt ein auf den 5. August befristetes Ultimatum Frankreichs an Deutschland dar. Die andere, von der englischen Regierung an die Alliierten gerichtet und „aus Höflichkeit“ auch Amerika übermittelt, enthält eine Darlegung der internationalen Finanzlage und einen englischen Vorschlag zu ihrer Regulierung.

An der zweiten Note gemessen, erscheint die erste wie ein Schriftsatz in einem Bagatelprozess. Es handelt sich hier um die Bezahlung von 40 Millionen Goldmark zum 15. August, eine Summe, von der Frankreich nur ein Teil zusteht, dort um das ganze Finanzproblem der Welt mit seinen phantastischen Milliardenzahlen. Aber während die englische Note Ziele mit weither Sicht aufstellt und zu umfassenden Erörterungen mit zweifelhaften Ergebnissen führen wird, brennt uns der Inhalt der französischen Note unter den Nägeln.

England sagt in seiner Note, Amerika habe von ihm „mit ungewöhnlicher Heftigkeit“ die Bezahlung seiner Schulden gefordert. Aber diese Heftigkeit ist noch Höflichkeit im Verhältnis zu dem brutalen Ungestüm, mit dem Poincaré bis zum 5. August eine deutsche Erklärung darüber verlangt, ob die 40 Millionen Goldmark aus den Ausgleichszahlungen, die am 15. August fällig sind, zum richtigen Termin bezahlt werden oder nicht. Für den Fall, daß eine zufriedenstellende Erklärung nicht erfolgt, kündigt Poincaré an, daß sich Frankreich auf eigene Faust Befriedigung verschaffen werde, ohne näher anzugeben, auf welche Weise das geschehen soll.

Das Unrecht des französischen Vorgehens erhellt schon aus seiner Isoliertheit. Keine der anderen beteiligten Regierungen hat sich dem draufgängerischen Schritt des französischen Ministerpräsidenten angeschlossen, und dieser hat daher kein Recht, sich als Interessenvertreter der Gesamtheit aufzuspielen. Ueberall hat sich im Gegensatz zu Frankreich ein ziemlich weitgehendes Verständnis für den deutschen Standpunkt gezeigt, daß die Reparationen den Ausgleichszahlungen vorangehen und daß jeder jetzt auf Deutschland ausgeübte Zwang, weitere Devisen herzugeben, zu einem Sturz der Mark ins Bodenlose und damit zu einer dauernden Verschlimmerung der deutschen Finanzschwäche führen müsse.

Poincaré hat mit seinem Ultimatum die verständigere Alliiertenpolitik, die darauf ausgeht, die Mark zu stützen, gleichsam mit einem Gewaltstoß durchkreuzt. Er wirft den „deutschen Privatleuten“ vor, daß sie am Sinken der Mark Schuld tragen. Das ist nicht unrichtig, aber der beste Helfer dabei ist ihnen Poincaré gewesen. Wenn er geradezu die Absicht gehabt hätte, den Hyänen des Börsenschlagfelds neue Beute in den Knochen zu werfen, so hätte er nicht anders handeln können, als er es mit seinem Ultimatum getan hat.

Die wirtschaftlich und politisch verheerende Wirkung des französischen Ultimatus werden dadurch gesteigert, daß die angeordneten Maßnahmen ganz im Dunkeln bleiben, einer einseitigen Panikmache gar keine Fängel aufgelegt sind. Verständigerweise müßte man sich sagen, daß zur Sicherung eines verhältnismäßig kleinen Betrags auch nur verhältnismäßig geringfügige Maßnahmen ergriffen werden können. Aber darf man angesichts der Maßlosigkeit des französischen Auftretens auf Nach und Vorstand von dieser Seite noch rechnen? Oder soll nicht ein verhältnismäßig geringfügiger Anstoß dazu benutzt werden, eine schon lange gewünschte Katastrophe herbeizuführen?

Ueber die Note Poincarés kann man heute schon urteilen, weil man sie kennt. Ueber die Maßnahmen, mit denen sie droht, kann man noch nicht urteilen, weil man sie noch nicht kennt. Nur soviel kann heute schon, ganz allgemein, gesagt werden, daß kein Artikel der Dokumente von Versailles Frankreich das Recht gibt, auf eigene Faust mit Zwangsmitteln gegen Deutschland vorzugehen. Ein Unternehmen nach dieser Richtung würde einen Vertragsbruch bedeuten, den Frankreich nicht nur Deutschland, sondern auch — was in diesem Augenblick vielleicht schwerer in die Waagschale fällt — seinen Verbündeten gegenüber begehen würde.

Herr Poincaré hält anscheinend an dem Termin des 5. August fest, weil er noch vor der Londoner Zusammenkunft zum 7. August vollendete Tatsachen schaffen will. Diese würden dann bei der Londoner Besprechung sicher eine überaus bedeutungsvolle Rolle spielen.

Die französische Note wirkt wie eine Illustration zur englischen. Denn sie zeigt den Zustand der finan-

ziellen Anarchie, in den die Welt durch den Krieg und die undurchführbaren Friedensverträge geraten ist, in bedrohlicher Steigung. Wenn jeder gegen jeden auf eigene Faust vorgehen wollte, um sich das zu verschaffen, was er für sein Recht hält, so müßten bald in der ganzen Welt auch die letzten Reste jeglicher Ordnung schwinden. Einstweilen ist es nur Deutschland, das als besiegter Staat physisch und moralisch mißhandelt wird, aber diese Mißhandlung bedeutet schließlich einen Präzedenzfall für alle Schuldner. Es ist die Schicksalsfrage der Welt, ob der Versuch gemacht werden soll, die Völker gewaltlos zu Leistungen zu bringen, die, wie jeder Verständige weiß, von ihnen gar nicht aufgebracht werden können oder ob ein allgemeiner Lastenausgleich erfolgt, der keinem mehr zumutet, als er kann, und durch Schaffung einer erträglichen Ordnung alle zu freiwilliger Höchstleistung anspornt.

Die dringendste Frage des Augenblicks ist die, ob es Herrn Poincaré gestattet sein wird, unter Hinterlassung eines ungeheuren Scherbenhaufens aus Deutschland einen Beitrag herauszuholen, der zu dem Gesamtbetrag der französischen Ansprüche in einem geradezu lächerlichen Mißverhältnis steht. Es ist ein sehr verhängnisvoller Schritt, der da bevorzieht. Aber in Frankreich scheint es keine Macht zu geben, die imstande ist, ihn zu verhindern, und so bleibt uns einstweilen nur die Zuversicht, die uns das Sprichwort gibt, daß jeder Krug nur solange zum Brunnen geht, bis er zerbricht.

Katastrophe am Devisenmarkt.

Dollar über 790!

In New York, wo gestern bereits die Antwort auf die deutsche Note bekannt war, ging der Markkurs bis auf 0,14 zurück, was einem Dollarkurs von 714 entspricht. Im heutigen Berliner Vormittagsverkehr wurde der Dollar bereits mit 750 umgekehrt, und an der Börse eröffnete man das Geschäft bei einem Dollarkurs von 790. Obwohl die Umsätze am hiesigen Devisenmarkt infolge der allgemeinen Verblüffung und Verstärkung sehr gering sind, ist doch mit weiteren Steigerungen zu rechnen. Man beurteilt an der Börse insbesondere auch die innerpolitischen Folgen dieser neuen Marktenwertung sehr trübe.

Im weiteren Verlaufe der Börse: Sieg der Dollar zeitweilig bis auf 793, ging aber am Ende der ersten Börsensunde bis auf 772 zurück. Die Schwankungen am Devisenmarkt halten an.

Am Effektenmarkt konnte sich heute noch kein allzu lebhaftes Geschäft entwickeln, da die Provinz zu der veränderten Lage noch nicht Stellung genommen hat.

Poincaré an die deutsche Regierung.

Paris, 1. August. (W.F.B.) Poincaré hat heute dem deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoersch, folgende Antwort übermittelt:

Paris, 1. August.

Herr Geschäftsträger!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom heutigen Tage zu bestätigen, der auf meine Mitteilung vom 26. Juli antwortet. Mit Bedauern muß ich feststellen, daß Ihre Antwort nicht die in meinem Briefe gesforderten Zusicherungen enthält. Das Abkommen vom 10. Juni 1921 wurde damals zwischen Deutschland und den verschiedenen alliierten Mächten geschlossen; seine Abänderung kann daher in der Tat nur aus einem einstimmigen Uebereinkommen der vortragschließenden Mächte hervorgehen. Die Regierung Frankreichs hat Ihnen bereits mitgeteilt, daß sie nicht daran denke, auf Grund der deutschen Note vom 14. Juli Änderungen vorzunehmen. Die französische Regierung hat daher das Recht, zu verlangen, daß innerhalb der in meiner Note vom 26. Juli gewährten Frist, das heißt vor dem 5. August mittags, die Versicherung abgegeben wird, daß, bis die unerlässliche Uebereinstimmung zu jener Abänderung gewährleistet ist, das Abkommen vom 10. Juni ganz und gar angewendet wird und daß die Pflanzsumme von zwei Millionen Pfund Sterling am 15. August bezahlt wird. Wenn diese Zusicherung nicht gegeben wird, hat die französische Regierung das Recht, um die Anwendung des bestehenden Vertrags sicherzustellen, Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen, die sie im Interesse so vieler eigenen Staatsangehörigen und derer

der anderen alliierten Staaten, die das Abkommen unterschrieben haben, für notwendig erachtet. Diese Maßnahmen werden, wie ich bereits angeführt habe, vom 5. August ab in Kraft treten, und die französische Regierung glaubt nicht, heute schon den vollständigen Plan, der hierfür gefaßt wird, bekanntgeben zu können. Unter diesen Vorbehalten zu den Ausführungen der Note vom 1. August bemerkt die französische Regierung nur, daß die deutsche Regierung nicht die geringsten Anstrengungen macht, um die Zahlung der geschuldeten Summe an die alliierten Kassen durch die vielfachen Schuldner, das heißt durch die deutschen Privatleute, sicherzustellen, die nach den letzten uns zugegangenen Meldungen durch ihre Ankäufe fremder Devisen zu dem gegenwärtigen Markkurs beigetragen haben.

Genehmigen Sie usw.

gej. Poincaré.

Englische Note an die Alliierten.

London, 1. August. (W.F.B.) Heute Abend ist der Wortlaut der von Balfour unterzeichneten Note veröffentlicht worden, die dem französischen und dem italienischen Botschafter und den Gesandten von Jugoslawien, Rumänien, Portugal und Griechenland übermittelt wurde. Auch der amerikanische Botschafter erhielt aus Gründen der Höflichkeit eine Abschrift. Wie Reuters meldet, ist die Note von Balfour abgefaßt und von der Gesamtheit der Kabinettsmitglieder gebilligt worden.

Die Note befaßt u. a. die Frage der französischen (italienischen usw.) Schulden an England und ist bisher noch nicht Gegenstand einer formellen Mitteilung zwischen den beiden Regierungen gewesen, und die britische Regierung habe nicht den Wunsch gehabt, sie im gegenwärtigen Augenblick aufzuwerfen. Mit Rücksicht auf

die neuen Ereignisse

indefien fühlte sich die britische Regierung genötigt, ihre Auffassung gewisser Seiten der durch den gegenwärtigen Stand der internationalen Verschuldung geschaffenen Lage darzulegen. Die Schulden an Großbritannien betragen gegenwärtig 3400 Millionen Pfund Sterling, nämlich 1450 Millionen Pfund von Seiten Deutschlands, 650 Millionen Pfund von Seiten Rußlands und 1300 Millionen von Seiten der Alliierten. Andererseits schulde Großbritannien den Vereinigten Staaten etwa ein Viertel dieser Summe, nämlich 850 Millionen Pfund. Eine internationale Besprechung dieser

beispiellosen Lage

habe bisher nicht stattgefunden, und bis zu ihrer Regelung, die an die Wurzeln des Problems gehen werde, habe die britische Regierung stillschweigend davon Abstand genommen, irgendwelche Forderungen an die Alliierten wegen Zinszahlung oder Amortisation zu stellen. Diese Haltung sei nicht zurückzuführen auf Unterschätzung der aus diesem Zustand sich ergebenden Leibel und auch nicht aus Abneigung, große Opfer zu ihrer Beseitigung zu bringen. Im Gegenteil sei

Großbritannien bereit, alle die ihm von den Alliierten geschuldeten Anleihen und die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationen zu annullieren, wenn eine solche Politik den Teil einer befriedigenden internationalen Regelung bilden würde.

Neuerdings eingetretene Ereignisse indefien machten die Bewirkung einer solchen Politik schwierig. Die amerikanische Regierung habe England aufgefordert, die seit 1910 rückständigen Zinsen seiner Schulden an Amerika zu bezahlen, die Schulden zu fundieren und sie binnen 25 Jahren zurückzuzahlen. Die britische Regierung erkenne die Berechtigung dieser mit großer Heftigkeit gestellten Forderungen an und sei bereit, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, aber sie könne dies nicht tun, ohne das Verfahren, das sie unter anderen Umständen zu befolgen beabsichtigt hätte, von Grund auf abzuändern. Sie könne die amerikanische Anleihe an England nicht als einen isolierten Teil behandeln. Die Anleihe bilde nur einen Teil eines zusammengehörigen Systems von finanziellen Transaktionen. Wenn die ungewisse Verpflichtung Großbritanniens als Schuldner durchgesetzt werden solle, dann könnten seine

unzweifelhaften Rechte als Gläubiger

nicht völlig beiseite gelassen werden. Die britische Regierung unternehme diese Änderung in ihrer Politik nur ungern, denn die Alliierten seien Teilnehmer an dem größten internationalen Kampf für die Sache der Freiheit gewesen. Ihre Anleihen seien aufgenommen worden für die gemeinsame Sache.

Zu den zahlreichsten Wirtschaftsdübeln, unter denen die Welt leidet, gehören die internationalen Verschuldung und deren verhängnisvolle Rückwirkung auf die Kredite und Wechselkurse, die internationale Produktion und den internationalen Handel. Die Völker aller Länder sehnten sich nach einer schleunigen Rückkehr zu einer normalen Lage. Aber wie könne eine solche Lage erreicht werden, solange

derartige anormale Zustände

herrschten, und wie könnten diese Zustände beseitigt werden durch solche Heilmittel, mit deren Anwendung man im Augenblick rechnen könnte? Die bisher von England befolgte Politik sei nur erträglich, solange sie allgemein befolgt werde. Es sei nicht gerecht, daß ein Teilnehmer einer gemeinsamen Unternehmung alles erhalten solle, was er ausgegeben habe, daß ein anderer Teilnehmer nichts erhalte und gleichzeitig alle seine Schulden bezahle solle. Ein solches Verfahren wäre ungerecht. Wenn die auf dem britischen Steuerzahler liegende Last noch vermehrt werden würde, würde er sicher fragen, warum die anderen seinen Anteil daran haben sollen.

Die Note fährt fort: Während aber die britische Regierung zu ihrem Bedauern gezwungen ist, die französische (italienische usw.) Regierung zu ersuchen, Reparationen zu leisten, um nach ihrem besten Vermögen bezüglich ihrer Schulden an Großbritannien zu handeln, wünscht sie zu erklären, daß der Betrag der Zinsen und der Amortisation, um den sie ersucht, nicht so sehr von dem abhängt, was Frankreich und die anderen Alliierten Großbritannien schulden, als vielmehr von dem, was Großbritannien an Amerika zu zahlen hat.

Wie bereits bemerkt, geht die von der britischen Regierung begünstigte Politik dahin, auf den britischen Anteil an den deutschen Reparationen zu verzichten und durch eine gleiche Transaktion die Gesamtheit der internationalen Schulden abzufrieden.

Wenn dies sich indessen als unmöglich erweisen sollte, müssen wir erklären, daß wir keinesfalls wünschen, aus irgendeiner weniger befriedigenden Uebereinkunft Vorteile zu ziehen. Unter keinen Umständen beabsichtigen wir, mehr von unseren Schuldner zu verlangen, als notwendig ist, um unsere Gläubiger zu bezahlen. Mehr verlangen wir nicht, aber jedermann wird zugeben, daß wir uns mit weniger schwerlich begnügen können, denn es soll nicht vergessen werden, obgleich es zeitweilig geschieht, daß wir unsere Verpflichtungen um anderer und nicht um unserer selbst willen eingegangen sind. Die britischen Kriegsausgaben und die Hälfte der Anteile an die Alliierten sind nicht durch auswärtige Anleihen, sondern durch innere Anleihen und durch Steuern aufgebracht worden. Da andere Staaten leider ein gleiches Verfahren nicht einschlagen konnten, hat Großbritannien bei den Vereinigten Staaten Bürgschaft für sie leisten müssen.

Der Schlüssel der Note lautet wie folgt: Weiter oben ist dargestellt worden, daß das Problem der internationalen Schulden nicht nur die Alliierten untereinander angeht; die normalen feindlichen Länder sind auch darin verwickelt.

Der größte der internationalen Schuldner ist Deutschland. Nun schlägt die britische Regierung nicht vor, daß aus Gründen der Gerechtigkeit oder Zweckmäßigkeit Deutschland seiner Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Alliierten entbunden werden soll. Großbritannien begünstigt sich damit, nochmals zu erklären, daß es von den wirtschaftlichen Schäden, die der Welt durch den gegenwärtigen Stand der Dinge zugefügt werden, so tief überzeugt ist, daß England (unter Vorbehalt der gerechten Ansprüche anderer Teile des Reiches) bereit sein würde, jedes Anrecht auf deutsche Reparationen und alle Forderungen auf Rückzahlung durch die Alliierten aufzugeben, vorausgesetzt, daß dieser Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bildet, unter dem dieses große Problem als ein Ganzes behandelt würde und eine befriedigende Lösung finden könnte.

Eine allgemeine Regelung würde nach Ansicht der britischen Regierung von größerem Wert für die Menschheit sein, als irgendwelche Vorteile, die aus einer noch so erfolgreichen Eintreibung rechtmässiger Verbindlichkeiten erwachsen könnten.

Sonntagsreiter.

Von Joseph Roth.

Die Reiter reiten, trab, trab, den Kurfürstendamms entlang. Sie kommen am Sonntagmorgen aus dem Tatterfall, wo sie herdenweise gezüchtet werden, und reiten in der Mitte des Kurfürstendamms auf knirschendem Kies, erhöhten Hauptes, ragend bis an das Berd der Autobusse und die gestrigen Kronen ausgerichtet Bäume.

Die Hausärzte lehren, das Reiten sei gesund, und nach den wochentäglichen Turnübungen auf der Volkshochschule eine mäßige gymnastische Abwechslung. Körperliches Fett, das sich unheimlich verjüngt, nimmt ab wie der Markwert. Der Mensch reitet sich loszulassen alle Zuckerproteine herunter.

Unübertreffliches Glanzes, spiegeln die lackierten Stiefel stauende Angelfischer der Fußgänger wider und die ganze, bis zur Kniehöhe reichende Umgebung. Kühl und hart schmiegt sich Laß an die Weichen des Rosses, — symbolisches Gleichnis liebevoller Unterdrückung.

Der Reiter, erhaben über die Unwelt, von vier fremden Füßen getragen, plaudert mit dem Herrn zur Rechten. Unmöglich, ein Wort zu verstehen. Die Leute spazieren geradeaus in die Luft höherer Regionen. Wovon mügen sie wohl reden? Von Kollernüssen, freilebenden, lauernd im Dangler Hofen? Von Fell und Frucht und Dioidenden und maittem Verlauf der New Yorker Börse? Von Gesehen zum Schuß der Republik, der Hoffnungen bereiterer Unterthanen jährt? Von der großen Zeit der Plebsanten, die heut liefern und Pferde, Kanonen und Menschenzucht? Vom Ankurs in Amsterdam, vom Kaiser in Doorn? Von ihren eigenen Erinnerungen an den Kronprinzen, oder von denen Rosners?

Es muß ganz wunderbar sein, aus der Höhe ritterlicher Sicherheit ungehört sprechen zu können und im Rhythmus sanfter Koffelhufe Fett und Kerger vom Herzen zu schütten. Die Pferde bemühen sich leise aufzutreten, als hätten sie sich Gummiabfälle an die Hufe genagelt. Sie bleiben im Schritt und achten gegenseitig streng darauf. Wenn eines aus dem Schritt fällt, ist es unsterblich blamiert. Sie nickten alle mit den Köpfen, es ist, als wollten sie unaufrichtig „ja“ sagen. Ich glaube, sie sind glücklich, von Herrschaften geritten zu werden und Scheuklappen zu tragen. Auf keinem Profeten der Welt läßt sich so trefflich reiten.

Die Herrschaften reiten, gemächlichen Trabes, in den Tiergärten. Inwieweit Morgenlicht, die den Schäfer auf der Bank weckte, umschließt ihre Hüften. Grad und ahnungslos läßt ein Spag auf die muskelpackte Herrenschulter wohlverdiente Regenwürmer fallen. Die Hand, im hohen Lederhandschuh stehend, krafft die Bügel. Bestimmte Schenkel nähern die blanken Sporen bedenklich dem braunen Pferdeleib. Trab wandelt sich in Galopp.

Chefbesprechung der Reichsregierung.

Die Antwortnote der französischen Regierung auf die Antwort des Reichstabinetts über die Ausgleichszahlungen ist heute morgen offiziell überreicht worden. Um 12½ Uhr begann eine Chefbesprechung, die sich mit der Note beschäftigte.

Zusammentritt des Morgankomitees!

London, 2. August. (W.B.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, vermutlich werde der Bankier ausmich eingeladen werden, innerhalb der nächsten Woche zusammenzukommen, um die Bedingungen für eine deutsche Wiederaufbau- und Wiederherstellungsanleihe erneut zu erwägen.

England fordert Zugeständnisse.

London, 2. August. (W.B.) Reuter weist anlässlich der Veröffentlichung der Balfour-Note darauf hin, daß darin nicht Bezug genommen wird auf die neuerdings in britischen und auswärtigen Blättern erschienenen Verlechte, wonach Großbritannien bereit sei, die Kriegsschulden der Alliierten im Austausch gegen französische Zugeständnisse in der Reparationsfrage zu annullieren.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel zu der Balfour-Note, ein „allgemeiner Plan“ würde, wenn er ideal sein sollte, Amerika einschließen müssen, doch sei solch ein „allgemeiner Plan“ vielleicht auch ohne Amerika möglich. Es würde sicher nicht der Drei-Mächte-Vertrag zwischen England, Frankreich und Deutschland sein, den Poincaré begünstigt; denn ein solcher würde nicht fair gegenüber den anderen Schutzländern Englands in Europa sein. Aber eine allgemeine Annullierung europäischer Schulden sei vielleicht immer noch möglich, namentlich wenn Frankreich dazu aufgeleitet sei. Falls Großbritannien Sicherheit habe, daß Europa in Ordnung komme und bereit zum Frieden und zur Abrüstung sei, würde es wohl seinerseits Opfer bringen, die allen zugute kämen.

„Times“ sagt, nicht ohne Besorgnis könne man auf das Echo wachen, daß die Note in Amerika finden werde, und bedauert, daß in der Note davon gesprochen werde, Großbritannien wolle auf seine Ansprüche auf deutsche Reparationen verzichten.

Poincarés Auffassung.

London, 2. August. (W.B.) Der Pariser Korrespondent des „Daily Chronicle“ erzählt, Poincaré sei nicht ganz einverstanden damit, daß der Umfang der am Montag beginnenden Erörterungen beschränkt sein solle. Wenn Deutschland ein Moratorium bewilligt werden solle, müsse nach Frankreichs Auffassung seine Tragweite und Natur in der nächsten Woche in London festgelegt werden. Wegen der Frage von Tanger und der Orientfrage sei Poincaré nicht abgeneigt, die Erörterung bis September aufzuschieben, wenn dafür eine endgültige Entscheidung über die Reparationsfrage getroffen werde.

Sanktionen? — Nein!

London, 2. August. (W.B.) Eine Anfrage Bedmonds im Unterhause ob der französische Regierung zu verstehen gegeben habe, daß sie beabsichtige, selbständige neue territoriale Zwangsmassnahmen vorzunehmen, wenn die manuellen Entschädigungsgeräten durch Deutschland nicht bezahlt würden, wurde verneint.

Frankreichs Presse skeptisch.

Paris, 2. August. (W.B.) „Deuxième“ schreibt zu der Antwort Poincarés an die deutsche Regierung: Also am kommenden Sonnabend um die Mittagsstunde will Frankreich allein Sanktionen ausführen? Um die Wahrheit zu sagen, wir glauben es nicht. Zu was würden diese Sanktionen führen? Man macht daraus am Quai d'Orsay ein großes Geheimnis. Man sagt, es handle sich nicht darum, Wälder zu nehmen, sondern um finanzielle Repressalien. Aber diese Repressalien können nicht sofort ausgeführt werden. Sonnabend nachmittag und Sonntag sind Tage, an denen die Gerichtswalze, auch die diplomatischen, nicht arbeiten. So wird man also bis zum Montag kommen. Und

Da, hart am Rande der Allee, steht ein Zeitungshändler. Die Herrschaften reiten im Schritt. Eine Hand aus gelbem Wälder streckt sich dem Morgenblatt entgegen, entfollet es, und der Blick sucht zwischen Spalten in Pelt die Obligationen der Bagdadbahn. Aus wochentäglicher Niederung ist das Gesicht emporgehoben in ritterliche Höhe.

Zwischen dunklem Grün, von ferne her, grüßt der weiße Marmor sommerhut der Kaiserin Auguste Viktoria.

Vollstübne „Die Wälfur“. Von der Vollstübne weht immer eine ernste künstlerische Luft, selbst jetzt im Sommerfestspiel von Heinrich Reit. Diese Vollstübneführung konnte sich leben lassen. In den Hauptpartien schone, jugendlich quellende Stimmen, in der Erscheinung keine maironnenhaften alten Damen, keine Natürlichkeit in der Darstellung (Regie: Ferdinand Strauß), ein Orchester, das über der Sache stand (das verstärkte Bühnenorchester), ein Dirigent, der seinen Wagner ausgezeichnet kennt und ruhig seinen Weg geht, ohne in die bekannten Paroxysmen zu verfallen, immer fest die Führung der dominierenden Gesamtstimmen mit dem Orchester innehaltend (Leo Rosenfeld aus München). Auch die stil- und ganzesollen Bühnenbilder von Hermann Bender sind es höchsten Lobes würdig. Als Stimme glänzte die Sieglinde von Dorothea Rantsi über alle anderen, die prachtvoll schmutternde Brühnenstimm von Bella Förner Halbbergh nicht ausgenommen. Diese jugendliche Keuschheit, Weichheit, die aus einer dunklen, samtigen Alltags wohl aufsteigt, hört man selten. Auch darstellerisch ist die Künstlerin für die Partie geboren. Alfred Gohl war mit als Siegmund etwas zu sehr Heldentone, während er früher allzu oft im Opernischen festhielt. Deutlichkeit und Korrektheit der Diktion steht ihm zu sehr über allem anderen. Abgesehen von der mangelnden Plastik (fast überall dieselben dynamischen Stärkegrade) steht ihm neben der Figur etwas die Verlöslichkeit, und das Herausheben aus dem Tiefsen. Diese letzteren Eigenschaften besitz in hervorstechendem Maße Theodor Lattermann, der Botan, der gefährdete zweite Akt mit dem Frida-Gesetz (seine Gattin Dittie Wegger-Lattermann als Frida ebenbürtig) ist in dieser wunderbaren Darstellung ein hoher Genuss. Stimmlieh war der Abschied allerdings nicht mehr so glänzend wie früher. Der Sängling des Herrn Louis van de Sande ist markig und soll Poffe. Das dichtgedrängte Publikum erwies sich den ersten Gaben gegenüber als äußerst dankbar.

Die Dombauhütte auf der Deutschen Gewerbechan. Die „Dombauhütte“, die unter der Leitung von Peter Behrens errichtet wurde, ist in diesen Tagen eröffnet worden mit einer Feier, zu der Gäste aus den Kreisen der staatlichen und künftlichen Behörden, der Künstlerwelt, des Schrifttums und anderer Berufsgruppen Deutschlands geladen waren. Peter Behrens nahm zunächst das Wort zu längeren Ausführungen, in deren Verlauf er vor allem Wesen und Ziel der Dombauhütte kennzeichnete. Die Technik des Ziegelsbaues soll gezeigt, der Ziegelschein in seiner vielfachen Gestaltungsmaßlichkeit und edlen Werkstoffwirkung zur Geltung gebracht werden. Ebenso wie bei den Mauern des Hauses

am Montag tritt der Oberste Rat in London zusammen. Poincaré wird sicher dort nicht erscheinen wollen, befohlet mit der Verantwortlichkeit für Maßnahmen, die die anderen Ministerpräsidenten vornehmen. Man braucht sich also nicht über Gebühr über die geräuschvolle Angelegenheit aufzuregen.

„Figaro“ sagt, Deutschland habe dadurch, daß es die Waffe des Nichtbezahlers angewandt habe, sich schließlich selbst damit verletzt, und vielleicht tödlich. Frankreich wolle wohl an seiner Heilung teilnehmen, aber unter der Bedingung, daß die Waffe sich nicht auch gegen Frankreich richte.

„Gaulois“ glaubt, daß es sich bei den angedrohten Maßnahmen nur um finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen handle, die sich zweifellos gegen das Privateigentum der Deutschen im Ausland richteten. Das Blatt stellt die Frage, welche Aufnahme Frankreichs Verbündete diesem Akt der Unabhängigkeit und Entschlossenheit bereiten würden. Das Recht Frankreichs, in diesem besonderen Falle isoliert zu handeln, sei nicht anzuzweifeln, da der Friedensvertrag von Versailles darüber stumm sei. Nichtsdestoweniger glaube man, daß es, je nachdem man sich in Paris, in London oder in Rom befinde, verschiedene Arten gebe, das zu interpretieren, was im Vertrag steht, und besonders das, worüber der Vertrag schweigt. Würden sich diese Meinungsverhältnisse angesichts der Entscheidung des Ministerpräsidenten antworten? Es sei zu hoffen, daß diese Debatte nicht am Vorabend des Tages begonnen werde, an dem eine noch wichtigere Debatte für die Interessen Frankreichs eröffnet werden solle, nämlich über die Verbindung der Frage der Reparationen mit der Frage der interalliierten Schulden. Eine wagemutige Taktik sei eingeleitet worden. Jetzt handle es sich darum, sie zu gewinnen.

Der Generalstreik in Italien.

Rom, 2. August. (W.B.) Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. Zahlreiche Häuser hatten geschlossen. Nachmittags hat sich der Straßenbahn- und Automobilverkehr gebessert. Trotz des Streiks ist der „Objektoro Romano“ erschienen. Auch in anderen Städten ist der Tag ruhig verlaufen. Der öffentliche Verkehr ging überall regelmäßig voran. Die Eisenbahnen tun in der großen Mehrzahl ihren Dienst. Soldaten und Gendarmen versehen die Ausständigen. Zusammenstöße wurden nur aus Genua gemeldet zwischen Kommunisten und Faschisten wobei zwei Kommunisten verwundet wurden. In Mantua, Gergenti, Catania, Ruca, Posa und mehreren anderen Städten ist der Streik völlig gescheitert. In Venedig feierten nur einige Arbeiterkategorien. In Triest arbeiten fast alle Arbeiter. Die Dampfer fahren regelmäßig ab. In Turin feierten von den Arbeitern der Fiat-Werke nur 800 Mann.

Aus der Etappe Gené.

Die Akten über die adligen Wörder.

Amlich wird mitgeteilt: In der Presse finden sich eingehende Mitteilungen über den Verlauf des Prozesses vor dem belgischen Schwurgericht in Brügge gegen die ehemaligen deutschen Offiziere von Gagny und Prinz zu Stolberg wegen Mordes. Die Reichsregierung hält es für ihre Pflicht, die Öffentlichkeit rücksichtslos über den Sachverhalt aufzuklären. Das Reichsjustizministerium ist mit der Prüfung des in Deutschland vorhandenen Materials über den Fall betraut und wird das Ergebnis baldigst der Öffentlichkeit bekanntgeben. Die kriegsgerichtlichen Akten gegen die beiden Offiziere sind vom Reichsarchiv angefordert worden.

Die Einführung Kresniks. Der Reichspräsident empfing heute mittag den bevollmächtigten Vertreter und Botschafter der russischen Regierung, Kresnik, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Bei dem Empfang war Reichskanzler Dr. Birt als Leiter des Auswärtigen Amtes zugegen.

Der republikanische Studentenitag. Zu dem ersten deutschen republikanischen Studentenitag in Jena sind etwa 50 Vertreter aller deutschen Hochschulen in Jena eingetroffen, und zwar sind die Studentengruppen der Zentrumspartei, der Demokraten, der Sozialisten und der Pazifisten auf der Tagung vertreten.

solle auch beim inneren Ausbau auf wertgerechte, echte und alte handwerkliche Behandlung der Nachdruck gelegt werden. Der Redner betonte, daß es der Arbeitsgemeinschaft der Dombauhütte, Industriellen, Handwerker und Künstler für diesen Bau darauf ankomme, das Gegenteil von dem zu schaffen, was industrielle und maschinelle Arbeit ist und was als Schmuckkunst bezeichnet werden kann. Demgegenüber wies er hin auf die große Anzahl handgearbeiteter kirchlicher Gegenstände in der Dombauhütte, die von Künstlern kommen, die selbst das Material mit dem Werkzeug behandelten haben. Darunter finden sich Arbeiten von dem Maler Bartel, dem Bildhauer Richard Scheibe, dem Maler Tharn-Britter und seinen Schülern, dem Maler und Bildhauer Radtke, vor allem das eismantelirte Kreuzigt von Professor Ludwig Kies. — Der Präsident der Gewerbechan, Professor Schwarzvogel, gab dann seiner Freude als Akademiker Ausdruck, daß Professor Behrens der erste war, der in die Bewegung des Ziegelsbaues, die seit einigen Jahren im Gange ist, eingetreten war. — Reichskanzler Reichsarchiv begrüßte das Werk als eine Basis, auf der sich das Verständnis für kirchliche Kunst und künstlerische Arbeit, die nach einer Gemeinschaft drängen, aufbaut, das sei die Basis der gesunden, handwerklichen Arbeit, der der weiteste Nachklang zu wünschen sei.

Eine geheimnisvolle Krankheit der Nordsee. In der Nordsee ist etwas nicht richtig. Das ist das Ergebnis der mannigfachen Untersuchungen, die das Laboratorium für Meeresschichterei in Lanchashire in der letzten Zeit angestellt hat. Die Fische, die im letzten Winter gefangen wurden, zeigten Spuren einer geheimnisvollen Krankheit. Der Direktor des Laboratoriums, Prof. James Johnston, der sich mit dieser Fischkrankheit näher befaßt hat, sagt darüber: „Die Fischer berichten übereinstimmend, daß sie niemals ein Jahr erlebt haben, in dem die Zahl der Fische so gering und die Tiere selbst so klein gewesen sind. Nach vielen Mittelnamen soll die Krankheit in allen Teilen aufsteigend ansteigend sein. Die Heringe, die in dieser Saison in Lanchashire ankommen, waren von sehr schlechter Qualität und machten den Eindruck, als ob sie sehr gehunart hätten.“ Die Erkrankung und die schlechte Ernährung der Fische wird auf verschiedene Gründe zurückgeführt. So macht man bei größerer Menge von Öl im Meerwasser dafür verantwortlich, die durch die zunehmende Verschmutzung auf den Schiffen verursacht werden soll. Auch in den amerikanischen Gewässern soll die Fischerei durch diese Verschmutzung des Wassers mit Öl gestillt haben. Die Maren, die während des Krieges im Meer lauern und explodieren, sollen schädliche Veränderungen im Pflanzenleben hervorgerufen haben, wodurch die Nahrung der Heringe verschlechtert wurde. Andere Sachverständige behaupten, daß vom Atlantischen Ozean her Wasser in die Nordsee gekommen sei, das große Mengen von „Heteropoden“ enthält; das sind winzige Geschöpfe von der Größe eines Stachelhäutlers, die die Ursache der Fischkrankheit sein sollen.

Kunstschule der Kornideur. Alexander Kridenlo hat die Führung des Unterrichtes für Plastik, Malerei und Graphik übernommen und beginnt den Unterricht am 1. September.

Das Verbot des „Lokalanzeigers“.

Das Verbot des „Berliner Lokal-Anzeigers“, von dem wir in der Morgenausgabe berichtet haben, findet in der rechts stehenden Berliner Presse begrifflicher Weise einmütigen Widerspruch. Die Verordnungen und Gesetze zum Schutze der Republik sind für diese Blätter nur so lange annehmbar, als sie gebraucht werden können, um über die „Knechtung der Meinungsfreiheit“ zu klagen. Sobald sie aber einmal ernsthaft Anwendung finden, spricht man von überhöher Herrschaft und dergleichen. Bemerkenswert ist dabei, daß keines der Rechtsblätter die häßlichen Erfindungen, die in dem Telegramm des „Berliner Lokal-Anzeigers“ wiedergegeben wurden, zu übernehmen oder zu decken magt. Sogar die „Tgl. Rdsch.“ bezeichnet den Inhalt der Meldung als „recht abgeschmackt und für jeden, der einen Funken politischen Verstandes besitzt, in einzelnen Teilen durchaus ungläubwürdig“, die Veröffentlichung sogar „entschieden für einen redaktionellen Mißgriff“. Trotzdem aber hält die „Tgl. Rdsch.“ das Verbot für einen trassen Irrtum der zuständigen Stellen. Auch die „Germania“ glaubt, daß eine Nachprüfung des Verbots notwendig sei.

Bei allem Respekt vor der Meinungsfreiheit der Presse, die der „Vorwärts“ auch in kritischsten Stunden vertreten hat, können wir diese Menschllichkeit nicht teilen. Das Gesetz zum Schutze der Republik, auf das sich das Verbot stützt, ist doch gerade zu dem Zwecke erlassen worden, um die planmäßige Beschimpfung und Verächtlichmachung der republikanischen Regierungen zu unterbinden. Das Telegramm des „Lokal-Anzeigers“ enthält aber tatsächlich eine solche Sammlung von böswilligen Erfindungen, daß man nicht sagen „ann, es handle sich nur um eine Wiedergabe ernst zu nehmender Nachrichten. Und wenn solche Erfindungen die Absicht verfolgen, denselben Zweck zu dienen wie offene Beschimpfungen, so ist es selbstverständlich, daß die Gesetze auch gegen die Verbreiter solcher Erfindungen angewandt werden müssen, selbst wenn es sich um ein großes Berliner Blatt handelt.

Der Staatsgerichtshof tagt nicht!

Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, wird die für den 10. August vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik angeordnete Verhandlung nach Informationen an zuständiger Stelle nicht stattfinden, weil Verhandlungen erst stattfinden sollen von dem auf Grund des Gesetzes neu zu errichtenden Staatsgerichtshof, der neu zusammengesetzt wird. Wann ein neuer Minister angeht und gegen wen verhandelt werden wird, steht nicht fest. Nach der Meinung des Blattes ist die Verzögerung durch verursacht, daß aus Rücksicht auf Bagern möglicherweise in Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes noch eine Änderung eintreten wird.

Republik und Beamtenchaft.

Die Ortsgruppe Berlin des Republikanischen Reichslandes hatte die Vertreter der Presse und die interessierte Öffentlichkeit zum Dienstagabend in den Reichstag geladen, um weiteren Kreisen einen Einblick in die Arbeit des Bundes zu geben. Die auf dieser Zusammenkunft gehaltenen Reden sind von programmatischer Bedeutung. Ministerpräsident Falkenberg sprach über „Die Beamtenfrage als Staatsproblem“. Nach sei die Republik im höheren Beamtentum verankert. Wohl vermöchten Beamtenangelegenheiten sie zu schädigen; darüber hinaus aber müsse mit allen Kräften eine gefällige Umstellung der Beamtenchaft angestrebt werden. Es sei notwendig, den Beamten eine höhere Auffassung von ihrem Beruf zu vermitteln. Neben die formale Tüchtigkeit habe eine verlangt auf neue die seit langem erwünschte Justizreform. Wie der Richter einst sein Urteil im Namen des Königs vollzogen habe, so habe er es jetzt im Namen des Volkes zu tun, denn der Wille der Gesamtheit sei das oberste Gesetz der Republik. Wirkungsvoll wurde von den Vertretern der Kommunalbeamtenchaft und Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten hervorgehoben, daß der Beamte für den Staatsbürger, nicht der Staatsbürger für den Beamten vorhanden sei. Ausführlich wurde die Schulfrage erörtert. Eine Reform der Verwaltung im Sinne der Leitgeden der Reichsschulkonferenz von 1920 sei zu fordern. Ebenso habe sich ein neues Disziplinalgesetz zum Schutze republikanischer Beamtensitten notwendig gemacht. Die Auflösung antirepublikanischer Schülerorganisationen sei ein Gebot der Stunde.

Der amwesende Schriftleiter der „Frankfurter Zeitung“ führte aus: Das Wort von der nationalen Einheitsfront ist der größte Schwundel, der je dagewesen ist. Die Einheitsfront aller Republikaner, für die es in Sachen der Republik keinen Spieß gibt, muß gebildet werden. Die republikanische Presse hat die Heerruferin im Streite zu sein. Republikanische Gesinnung muß zur Selbstverständlichkeit werden.

Das Urteil der fränkischen Bürgermeister.

München, 2. August. (TA) Kürzlich war gemeldet worden, daß die beim Ministerpräsidenten Graf Lichnowsky erschienenen fränkischen Bürgermeister mit der Haltung und dem Benehmen der bayerischen Regierung in Sachen des Republik-Schutzgesetzes ihr volles Einverständnis erklärt hätten. Der Führer der Abordnung, Oberbürgermeister Dr. Wild in Fürth, teilt nun der „Telegraphen-Union“ mit, daß diese Darstellung unrichtig sei. Die Verantwortung der fränkischen Bürgermeister habe sich nur auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten wegen des Festhaltens am Reich und an der republikanischen Reichsverfassung bezogen, wodurch die hauptsächlichsten Befürchtungen der Bürgermeister zerstreut wurden. Ein Urteil über die von der bayerischen Regierung erlassene Verordnung sei nicht darin gelegen.

Argentinische Freundschaft.

Berlin, 2. August. (TA) Der Geschäftsträger der Republik Argentinien in Deutschland, Dr. Pedro Gueafago, wurde am Sonntagnachmittag von Reichskanzler empfängt und brachte im Auftrag des neugewählten argentinischen Staatspräsidenten Dr. Marcelo de Alvea den aufrichtigen Dank an den Reichspräsidenten für die Einladung zum Ausbruch, vor seinem Amtsantritt Deutschland zu besuchen. Leider habe der Präsident vor seiner Abreise nach Argentinien nicht die Zeit dazu. Sein Bekannter sei um so größer, als Deutschland durch enge und unveränderliche Freundschaftsbände mit Argentinien verknüpft sei. Er werde bemüht sein, auch während der Dauer seiner Amtszeit die innere Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern nach Kräften zu fördern, und er hoffe, daß das deutsche Volk Argentinien auch weiterhin seinen Beistand leisten möge, trotz seiner Intelligenz und seiner Arbeitskraft, die im hohen Grade zum kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt Argentiniens beigetragen haben. Zum Schluß brachte der Geschäftsträger die Versicherung des neuen Staatspräsidenten zum Ausdruck, daß sowohl die Reichsregierung wie das deutsche Volk stets an seine enge Freundschaft und an der Lösung der gemeinsamen Aufgaben rechnen könne.

Deutscher Geist.

Man schreibt uns:

Man weiß es heute zur Genüge, und es ist empfehlenswert, es stets von neuem festzustellen: Der Student „deutscher Prägung“ ist eine herrliche Blüte seiner Nation, ein Gewächs, um das uns heute die Länder der Erde beneiden mögen. Einen besonderen Stolz setzt er darin, in einem Augenblick, wo er sich unbedachtet weiß, laubere Sprüchlein, aus eigenem uraltem Geiste geboren, an weiße Wände zu malen. Welche Stelle wäre dafür geeigneter als jene Vertäfen in den Mauern der Berliner Universität, wo das Büchlein von der Qual löstigen Denkens befreit, der teutschen und der Berliner Erde im besonderen seinen Tribut zollt. So, wie juckt's ihm in den Fingern, wenn er nach einem starren Blick auf die von den Geistesheroen seiner Art illustrierte Wand ein Fleckchen erblickt, das noch keinen Beweis jenes oft zitierten deutschen Geistes und Wissens trägt. Und nun spukt's im Spähenhirne des Büchleins. Hier ist sein Feld, hier packt's ihn, teutsches Gemüt zu lären, hier gedeiht es gut. Am harmlosesten geschieht das noch durch ein: „Juden raus!“ Dann steigert sich: „Nieder mit der schwarzen goldenen Judenohr!“ Sein teutscher Sinnlichkeitstrieb gebiert das Folgende: „Macht die jüdische Weiblichkeit zu Dirnen!“ „Rache für Burg Saale!“ und „Schlagt die Juden tot!“ drückt es weiter. Schließlich mädelt sich auch vereinsamt ein Angeekelter: „Ob Jud' oder Christ: Wer hierher seine Zuflucht nimmt, scheint von dem guten Geruch seiner Sache nicht sehr überzeugt zu sein.“

Wie wäre es, Herr Rektor, ein paar handfeste Republikaner zu engagieren, um die Jünglinge, die an Schmierlucht leiden, sobald die Wände wieder frisch geweißt sind — aufs Töpfchen führen zu lassen? Gebrauchen können sie's.

20 Jahre Vorwärts-Buchdruckerei.

Heute vor 20 Jahren begann der technische Aufbau der von der Berliner Parteiorganisation beschlossenen Vorwärts-Buchdruckerei, die am 2. August 1902 in der Lindenstr. 69 ihre Domizil aufschlug. Unter Führung und Leitung von Bebel, Singer und Fischer hat das Arbeiterunternehmen seinen Aufstieg genommen und alle Kriegs- und Krisengefahren standhaft überwunden. Durch die Zerstückelung der Organisations trat wohl zeitweilig ein Stillstand ein, aber das Gute bricht sich immer wieder Bahn, nach dem Programm: „Alles für das Volk und durch das Volk!“

Räumungsurteile gegen Portiers.

Mit vier Kindern auf die Straße geschickt.

Ein einziger Gerichtsvollzieher im Amtsbezirk Neukölln, zu dem auch Treptow gehört, hat amnestisch 38 Räumungsurteile gegen Portiers (Hausreiniger) zu vollstrecken. Das sind also nur die schwebenden Fälle, während die in den letzten drei Jahren erledigten Exzisionen in die Hunderte gehen. Eine solche erhebliche Zahl von Zwangsrumrungen in einem bestimmten Hausbewohnerkreise schreit doch geradezu nach einer anderweitigen Regelung, auch wenn man zugibt, daß Hausreiniger infolge schlechter Bezahlung ihre Arbeit oft nicht so verrichten, wie es die Mieter verlangen können, was dann die Ursache der Räumungsklage des Vermieters wird. Ein besonders trauriger Fall wird aus der Kiefholzstraße 18 in Treptow gemeldet. Hier ist am 20. Juli der Portier Franz Kötzger mit Frau und vier Kindern auf die Straße geschickt worden. Das Mobiliar ließ der Gerichtsvollzieher nach einem Spracher bringen. Die sechs Familienmitglieder haben mit Mühe ein Ärgernis in fünf verschiedenen Stücken bei Verwandten und Bekannten gefunden. Den Hauswirt trifft nach Angabe der Mieter keine Schuld. Die Portierleute waren hier schon mehrere Jahre tätig. Die Hausreinigung genügt nicht mehr den einfachen Ansprüchen, als die Ehefrau vor Jahresfrist schwer an Lungentuberkulose erkrankte, worüber den zuständigen amtlichen Wohnungsstellen ein ärztliches Attest vorliegt. Erst nach monatelangem Abwarten entschloß sich der Hauswirt zur Räumungsklage, weil die Verarmung eine hygienische Gefahr für die Mieter bedeutete. Die Portierleute hätten gern freiwillig die Wohnung geräumt, konnten aber keine andere finden. Das Amtsgericht setzte mit Rücksicht auf die Krankheit die ärmste zulässige Räumungsfrist von drei Monaten fest. In diesem Viertel wies auch das Wohnungsamt den Portierleuten keine Wohnung zu. Wertwürdigerweise ist aber zur selben Zeit einem drei Minuten entfernt wohnenden Hausverwalter und Denkschrift in der Groehstraße, der bereits eine auskömmliche Wohnung hat, im gleichen Hause ein Laden mit Wohnung zur Einrichtung eines Konfitürengeschäftes zugewiesen worden, wofür in dem ganzen Wohnviertel starke Erregung herrscht. Der Denkschrift hat also nunmehr in dem gleichen Hause zwei Wohnungen. Warum hat man nicht die Wohnung vom Laden getrennt und sie dem exmilierten Portier überwiesen?

Neues vom Postverkehr.

Infolge der fortschreitenden Geldentwertung hat sich die Reichspostverwaltung entschlossen, die Grenze der im Drucksatz zu bestehenden Werterhöhungen zu erhöhen. Die höchstzulässige Grenze für Postsendungen beträgt jetzt 20 000 M. Sendungen mit Wertangabe über 20 000 M. müssen nach wie vor von dem Empfänger vom Postamt abgeholt werden. — Zu den auf Drucksachen zugesetzten Briefen und Höchstpreismarkierungen auf gedruckten Beilegenarten nach einer Entscheidung des Reichspostministeriums auch ein handgeschriebener Zusatz. Trägt eine solche Karte z. B. den Aufsatz „Herzliches Beileid“, so würde ein handgeschriebener Zusatz etwa des Inhalts „versichert...“ nicht beanstandet werden. — Ferner sind auch Bemerkungen allgemeiner Natur auf der Außenseite der Postsendungen, wie z. B. „Gut!“ „Dringend!“ usw., die nach der Postordnung zulässig gewesen sind, in Zukunft auch auf Postkarten und Drucksachen in Kartenformat, und zwar auf der rechten Hälfte der Vorderseite, die bisher nur für die Adresse benutzt werden durfte, zugelassen. — Eine Erleichterung für die Anzeigenwerbung der Zeitungen und Zeitschriften ist wieder von der Postverwaltung zugelassen worden. Bisher wurden Anzeigen-Angebote, auf denen Inserate aufgeführt waren, neben der angegebenen Karte für die Rückantwort nach mit dem Beileid der Anzeige versehen. Dieser Zusatz war unzulässig; daher wurden solche Sendungen beanstandet und von der Beförderung als Drucksache ausgeschlossen. Da bei der Beförderung derartiger Sendungen nicht die Rücksicht bestand, die Bestimmungen der Postordnung zu umgehen, und da bereits früher diese Form der Anzeigenwerbung allgemein üblich war, sind diese Art Drucksachen ausnahmsweise zur Beförderung gegen die Freimachung nach der Drucksachengebühr zugelassen worden.

Neuordnung der Müllabfuhr.

Der Polizeipräsident hat eine neue Müllabfuhrverordnung erlassen, der wir folgenches entnehmen:
Alle Eigentümer von bebauten Grundstücken, einschließlich der öffentlichen Gebäude, sind verpflichtet, die auf ihren Grundstücken sich ankommenden Haus- und Wirtschaftsabgänge in verdeckten, feuergefährlichen Behältern aufzubewahren und so oft fortzuführen zu lassen, wie es erforderlich ist, eine angemessene Anzahlung derartiger Abgänge und eine Ueberfüllung der Sammelbehälter zu vermeiden.
Die Abfuhr muß in fränkischer Weise erfolgen. In den Verwaltungsbezirken der Stadt Berlin, in denen die Sammlung und Fortschaffung des Mülls laut Ordonnanz der Gemeinde erfolgt oder in Zukunft nach übertragen wird, bleiben diese Ortsgesetze und die in Verbindung mit ihnen erlassenen Polizeiverordnungen in Kraft. Müll darf auf der Straße nur in völlig undurchlässigen, geschlossenen Behältern befördert werden. Die zur Beförderung dienenden Fahr-

zeuge müssen ebenfalls völlig undurchlässig und mit dicht schließenden Deckeln usw. versehen sein. Zumberhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit erheblicher Geldstrafe belegt, im Unvermeidensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Das Mordgeständnis.

Noch keine weitere Aufklärung.

Wie wir im heutigen Morgenblatt meldeten, wurde in Dresden bei dem Verleger eines Geldbriefträgers in die Halle zu loo. und zu ermerden, ein 55 Jahre alter, aus Amsterdam gebürtiger früherer Buchhalter Wilhelm Blume festgenommen. Blume hatte in Dresden eine Nachnahmensektion an einem Mieter des Hauses Töpferstr. 3 gerichtet und lauerie den Geldbriefträger auf dem Hausflur auf, um ihn zu ermerden und zu berauben. Um die Aufmerksamkeit des Geldbriefträgers abzuwenden, hatte er 5 Zehnmarkscheine auf die Treppe verstreut. Eine Frau aus dem Hause beobachtete jedoch sein Treiben, und so gelang es, den Verbrecher festzunehmen, bevor er seinen Plan ausführen konnte. Im Verhör gestand der Verhaftete, die Raubmorde an dem Obergeldbriefträger Albert Weber und dem Geldbriefträger Oskar Lange verübt zu haben, auch an der Zimmervermieterin Marie Kühle, die mit Weber zugleich umgebracht wurde. Ob das Geständnis richtig ist, bedarf noch der Nachprüfung. Blume selbst konnte noch nicht hierher gebracht werden, weil er bei seiner Verhaftung in Dresden von dem empörten Publikum so erheblich verletzt wurde, daß er zunächst einem Krankenhaus übergeben werden mußte. Blume, der in Dresden unter dem Namen eines Schriftstellers Ernst Eilers wohnte, ist der Berliner Kriminalpolizei schon lange bekannt. Er zielt als Verbrecher bereits ihr Verbrechenalbum. Besonders bekannt ist er als Spieler und Töpfer. Seit zwei Jahren wurde er von der Staatsanwaltschaft II in Berlin und auch von den Staatsanwaltschaften in Köln und Breslau gesucht. Auch in Paris ist er wegen Betruges schon bestraft. Zeitweilig führte er die Namen Harald Wabgen und Thomas Redde. Die Art seines Vorgehens bei dem Mordplan in Dresden weicht von der der Berliner Mörder sehr wesentlich ab. Er behauptet auch, die Morde in Berlin ganz allein ausgeführt zu haben, während bei dem Ueberfall auf Weber und Fräulein Kühle am 7. September 1918 im 4. Stock des Hauses Spandauer Straße 33 zwei Täter beteiligt waren.

Eine merkwürdige Untersuchung.

„Ein Räuber“-Fall in Rüdnh. Wegen eines Weichholzbaumes erschossen! Unter dieser Überschrift wurde in Nr. 45 des „Vorwärts“ die Erschießung des Rainers Böttner aus Rüdnh (Kreis Oberbarnim) geschildert. Böttner war in der Nacht vom 22. zum 23. Dezember 1921 von den mit der Bewachung der dem Gutsbesitzer Kasian zu Langerdanne gehörigen Forst beauftragten Wächtern erschossen worden, als er einen Weichholzbaum holen wollte. Das Verhalten untergeordneter polizeilicher Organe unmittelbar nach der Tat und in der Folgezeit war höchst merkwürdig.

Der Amtsverwalter Hellwig in Ladeburg und der Oberlandjäger Katt, die als erste nach Auffinden der Leiche hinzugezogen waren, haben nicht etwa sofort sämtliche mit der Bewachung der Forst beauftragten Angestellten vernommen, sondern die Angaben des vermutlichen Schützen Verwalter Starzinski und Wänters Müller Passared, daß sie in Rottweh gehandelt hätten, geglaubt. Danach sollte Böttner gemeinsam mit drei anderen Männern den Wänters entgegengesetzt sein, was jedoch vollständig ausgeschlossen erscheint. Der Amtsverwalter und der Oberlandjäger haben dem gleichfalls in ihrer Nacht auf Wache befindlichen Gärtnere Rummemann und dem Arbeiter Ritter nicht vernommen. Rummemann hat nun in dem Schadenersatzprozeß der Witwe gegen Starzinski und den Gutsbesitzer Kasian an Aldezeit verfehlt, daß nach seiner Ueberzeugung Passared den tödlichen Schuß abgegeben habe. Die Wuchwaffe ist nicht bei dem Besizer Kasian beschlagnahmt worden, statt dessen hielten es aber die Herren Hellwig und Katt für zweckmäßig, bei der Witwe des Erschossenen nach dem Browning zu suchen, mit dem angeblich der tödliche Schuß geschossen (im Körper des Erschossenen fand sich nämlich die ganze Ladung des aus unmittelbarer Nähe abgegebenen Hofenskaratkalibers) abgegeben sein soll. Mittlerweile sind nun sowohl Rummemann als auch Passared vom Besizer Kasian entlassen worden und unbekannt wohin verzogen. Passared wurde entlassen, weil er Mithiliebungen gemacht haben soll, weswegen er mehrere Wochen lang im Bernauer Amtsgericht in Untersuchungshaft gesessen hat. Trotzdem hat der Herr Amtsverwalter, der doch auf dem Gute des Herrn Kasian ein und aus geht, nichts unternommen, um der durch Verschwinden des Rummemann und des Passared eintretenden Verdunstungsgefahr zu begegnen.

In dem Schadenersatzanspruch der Witwe Elise Böttner zu Rüdnh gegen den Verwalter Starzinski, den Müller Passared und den Gutsbesitzer Kasian zu Langerdanne wird der Gärtnere Josef Rummemann, zuletzt wohnhaft in Rüdnh (Oberbarnim), als Zeuge gesucht und gebeten, der Witwe Böttner seine gegenwärtige Adresse mitzuteilen. Ankosten werden vergütet. — Arbeiterzeitungen des Reichs werden um Abdruck gebeten!

Grüßelsturz am Lehrer Bahnhof. Gestern vormittag stürzte ein an der Abfahrtsstelle des Lehrers Bahnhofs, Wilhelmshavenstraße 21, angelegtes Holzgerüst ein. Der auf dem Gerüst stehende Arbeiter Albert Golluch, Stargarder Str. 12, erlitt Verletzungen am Kopf. Der Drofschneidende Paul Rudolf, Müllerstr. 47a, der in diesem Augenblick mit seiner Drofsäge die Unfallstelle passierte, wurde von einem Balken im Rücken getroffen und erheblich verletzt. Man brachte die beiden Verunglückten nach der Charité, wo Rudolf verbleiben mußte, während Golluch nach Anlegung von Verbänden nach seiner Wohnung gebracht werden konnte. Die Drofsäge ist erheblich beschädigt worden.

Der sogenannte „Schwedenzug“ D 13, ab Berlin, Stettiner Bahnhof, 9.30 vorm. über Duderow, Stralsund, Sahn, Trödelburg nach Stockholm ist, wie bereits vor dem Kriege und wie auch im Reichskursbuch ausdrücklich vermerkt, für Reisende nach Rügen, einschließlich Sahn, gesperrt, für Reisende nach Stralsund und Rügen ist ein besonderer Entschleunigungsabzug der (Stettiner Bahnhof 8.45 vorm.) Stralsund und Sahn über die Nordbahn erreicht. Die Sperrmaßnahme ließ sich nicht vermeiden, da dieser Zug stets stark besetzt ist, einmal von Schweden-Reisenden und dann von Reisenden nach Duderow und Greifswald, für die dieser Zug die einzige Frühverbindung darstellt. Wäntarten für den „Schwedenzug“ werden also nur zu Reisenden nach Duderow und Greifswald (mit Seitenlinien) oder über Sahn hinaus ausgegeben.

Ein Millionenbesitzer. Nach Unterschlagung von vier Millionen Mark, meist in Feinschwarzschmelzen, ist aus Lübeck geflohen nachmittags der Hilfskassierer B. L. F. Arnold, geboren am 14. April 1898 zu Stödersdorf, flüchtig geworden. Arnold ist 1,74 Meter groß und lachlos. Er hat blondes Haar und schmalen, hohes Gesicht. Besonders auffallend ist das rechte linke Bein.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig kühler, veränderlich, überaus viel Regen mit leichten Nebeln und mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

8. Kreis-Verkehrskomitee. Donnerstag, den 2. August, abends 8 Uhr, in Schöneberg, Reichsstraße 20a: Kreisvertrauensrat. Thema: „Die politische Situation und der Parteitag“. Referent: Dr. Otto Braun, II. 7.
127. Abteilung, Trauerfeierlichkeiten. Freitag, den 3. August, abends 4 Uhr, bei Wilm Ost, Berliner Straße 113: Gemütliches Beisammensein mit Angehörigen. Galt herzlich willkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Das Lohnangebot des Magistrats angenommen.

Vorbehalt für August.

Eine vom Lohnrat für die Gemeindebetriebe einberufene Funktionärerversammlung nahm am Dienstag im „Schweizer Garten“ Stellung zu dem Lohnangebot des Magistrats für die Monate Juli und August. Die Juli-Löhne sind bereits im „Vorwärts“ bekannt gegeben worden. Für August will der Magistrat die Stundenlöhne weiter um 2,20 M. erhöhen.

Wie von Polenske berichtet wurde, ist seitens der Vertreter des Magistrats erklärt worden, daß Berlin nicht in der Lage sei, aus eigenen Mitteln die Lohn- und Gehaltssteigerungen aufzubringen, sondern an das Reich herantreten müsse, um von diesem die Mittel zu erhalten und deshalb die Regelung der Löhne für die Reichsarbeiter nicht außer acht lassen könne. Von diesen Gesichtspunkten aus sei denn auch die Regelung der städtischen Löhne erfolgt. Der Magistrat habe sich, einem Antrag der Vertreter der städtischen Arbeiter und Angehörigen folgend, bereit erklärt, auf die Juli-Löhne den Vollarbeitern einen Vorzuschuß von 1000 M. zu zahlen und auch allen anderen Arbeitern einen entsprechenden Vorzuschuß zu gewähren. Die Forderung, alle über 21 Jahre alten Arbeiter als Vollarbeiter zu betrachten, sei abgelehnt worden, ebenso, den Frauen 80 Proz. von den Löhnen der männlichen Arbeiter zu bewilligen. Lohnrat und Tarifkommission sind zu dem Entschluß gekommen, der Funktionärerversammlung die Annahme des Angebots zu empfehlen.

In das Tarifamt des Magistrats sei aber am 29. Juli folgendes Schreiben gerichtet worden:

Die Tarifkommission des Lohnrats hat in ihrer Sitzung am 29. Juli dem Angebot des Magistrats für den 12. Lohnrat zugestimmt, vorbehaltlich der Genehmigung durch die am 1. August stattfindende Funktionärerversammlung. Die Tarifkommission bezieht sich weiter vor, unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Laufe des Monats August weitere Forderungen auf Lohnsteigerungen zu stellen.

Die uns angebotene Zulage von 2,20 M. für August können wir, so fürcht der Redner weiter aus, nur als eine vorläufige ansehen. Wir müssen eine weitere Regelung der Löhne verlangen, denn die Notlage der städtischen Arbeiterschaft ist groß. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, wird aber das Reichsarbeitsministerium nicht über die Reichs-Löhne hinaussehen. Selbst wenn ein geringes Mehr bewilligt werden sollte, würden wir für den ganzen Monat August an den Spießspruch gebunden sein. Bis zur Entscheidung würde auch eine geraume Zeit vergehen.

Hillemann vom I.M. und Kehler vom Allgemeinen Bankrentner-Verein sprachen sich im Sinne des Redners für Annahme unter diesem Vorbehalt aus.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache stimmt die Versammlung der Annahme des Angebots mit erheblicher Mehrheit zu. Ferner wurde ein Antrag angenommen, nach dem die Vertreter der städtischen Arbeiterschaft zu den Verhandlungen der Spitzenorganisationen über die Löhne der Reichsarbeiter hinzugezogen werden sollen.

Die Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie.

Die gestrigen Verhandlungen brachten folgendes Ergebnis: Die Löhne der männlichen Arbeiter werden mit Wirkung vom 31. Juli um 33 1/2 Proz. erhöht, die Löhne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren um 25 Proz., von 16 bis 18 Jahren um 30 Proz., über 18 Jahre 70 Proz. des Männerlohnes. Die Familienzulage wird erhöht für die Ehefrau von 1,25 auf 1,75 M., für jedes Kind von 1,75 auf 2,25 M. pro Stunde. Die Akkordarbeiter erhalten einen festen Stundenzuschlag in Höhe von 5 bis 6 M.

Die Juli-Gehälter im Versicherungsgewerbe.

Ein von den am Tarifverträge beteiligten Parteien vereinbartes Schiedsamt, zu welchem das Reichsarbeitsministerium die Herren v. Roellendorff, Dr. Baum und Geheimrat Tenius als unparteiische Vorsitzende bestellt hatte, legte in seiner Sitzung vom 31. Juli die Juli-Gehälter neu fest. Die Juni-Verträge werden für Juli um 30 Proz. erhöht. Die bisher geltenden Ortszuschläge bleiben weiter bestehen. Die sozialen Zulagen werden in der Höhe, wie sie tariflich vereinbart wurden, weitergezahlt. Die Speisefälle der im Außendienst tätigen Angestellten wurden neu geregelt.

Lohnzulage der Silberarbeiter.

Die Silberarbeiter und -arbeiterinnen Groß-Berlins nahmen in einer Versammlung am Montag im „Dresdner Garten“ den Bericht über die für August mit den Arbeitgeber geschlossenen Lohnverhandlungen entgegen. Heipt teilte zunächst mit, daß die Kollegen Hoffmann am 29. Juli bei der Firma Roskau ihr 50jähriges Arbeitsjubiläum gefeiert hat. Die Jubiläarin ist seit 31 Jahren organisiert. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren der Jubiläarin von ihren Plätzen.

Hierauf berichtete Heipt, daß nach längeren Verhandlungen die Arbeitgeber sich dazu verstanden haben, auf die bestehenden Stundenlöhne folgende Zulagen für die Zeit vom 1. bis 15. August zu machen: Männliche Vollarbeiter 3 M., Frauen 3,60 M., Jungausgelernte 5 M., angelernte Vollarbeiterinnen über 16 Jahre 3,75 M., für alle jugendlichen 2,50 M.

Die Forderungen der Lohnkommission war ab August 10 M. Schließlich erklärten diese sich mit der bewilligten Zulage ab 1. bis

15. August einverstanden, bestanden aber auf 10 M. für die zweite Hälfte des August. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, hierüber noch beraten zu müssen.

Nach kurzer Aussprache wurde die Vereinbarung für die Zeit vom 1. bis 15. August von der Versammlung angenommen.

Gehaltsregelung in den privaten Architekturbüros.

Für die technisch und künstlerisch tätigen Angestellten in den privaten Architekturbüros ist am 27. Juli eine Vereinbarung zwischen dem BdA und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, getroffen worden, die eine Gehaltsregelung für alle technischen Angestellten in diesen Büros vorsieht. Die höchsten Gehälter belaufen sich nach dieser Vereinbarung für den Bauführer bzw. künstlerischen Architekten zurzeit auf 10 640 M. Dazu kommen noch besondere Zulagen für Aufenthaltsgeld.

Auskünfte über den Vertrag erteilt der Bund der technischen Angestellten und Beamten, Orishaupthauptverwaltung Groß-Berlin, Bergrstraße 7.

Forderungen der Reparaturschuhmacher.

In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung der Groß-Berliner Reparaturschuhmacher am Montag in den Residenzfestsälen wurden folgende Forderungen aufgestellt: Erhöhung des bisherigen Stundenlohnes von 18 M. auf 33 M. Sowohl der Referent Schüler wie auch die Diskussionsredner wiesen auf den gegenwärtigen tariflosen Zustand hin. Nach wie vor sind die Schuhmacher bereit, mit den Groß-Berliner Innungen einen Tarifvertrag abzuschließen, jedoch nur dann, wenn die Tarifhöhe der jetzigen Teuerungsverhältnissen Rechnung trägt. Vor allem bürten die Lohnsätze nicht niedriger sein als in den Provinzstädten. Die Lohn- und Tarifkommission wurde beauftragt, den Unternehmern die Forderung von 33 M. Stundenlohn zu unterbreiten und Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages anzubahnen.

Lohnbewegung der Zimmerer.

Die Zimmerer Berlins nahmen in der am 31. Juli im Gewerkschaftshaus (Saal 3) tagenden Delegiertenversammlung zu dem Spruch des Bezirkslohnrates vom 25. Juli 1922 Stellung. Repschläger teilte mit, daß an Stelle des Regierungsrats Dr. Goldschmidt, Herr Amtsgerichtsrat Reichenhuth die Geschäfte des unparteiischen Vorsitzenden führte. Die Verhandlungen wurden auf der bisherigen Grundlage auch für Monat August abgeschlossen. Von den Vertretern der Arbeitnehmer wurde den Arbeitgebern die Forderung von 50 M. unterbreitet. Die Arbeitgeber erklärten, auf diese außerordentlich hohe Forderung ein Angebot nicht machen zu können und so wurde dann nach sechsstündiger Beratung ohne die Zustimmung der Arbeitgebervertreter und deren Beifzug der Lohn vom Bezirkslohnrat in Höhe von 42 M. für 1. bis 14. August und 45 M. für den 15. bis 31. August vorgeschlagen.

Der Vorsitzende wies weiter auf die heutigen Verhältnisse hin, hob hervor, daß nicht die Löhne, sondern der Bedarf an den Baustoffen und der hohe Verdienst der Arbeitgeber an allem schuld sei. Indem noch auf das Unzulängliche dieses Lohnauspruchs hingewiesen wurde, stimmten die Delegierten gegen eine Fortführung für den Spruch des Bezirkslohnrates. Da auch die Arbeitgeber diesem Spruch zugestimmt haben, tritt der erhöhte Lohn ab 1. August 1922 in Kraft.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wies der Vorsitzende auf das am 19. August d. J. im Saalbau Friedrichshain stattfindende 39. Stiftungsfest der Zahlstelle Berlin hin und empfahl den Kameraden hierfür eine rege Entlohnung. In bezug auf die am 8. August zu ergebende Statistik wurden die Kameraden nochmals aufgefordert, hierzu ihr Bestes beizutragen.

Zum Schluß wurde noch erwähnt, daß Karten für die Theateraufführung bis Freitag bei den Bezirksleitungen zu bestellen sind.

Aus dem Sowjetparadies.

Das Volkswirtschaftsamt für Arbeit hat die von den Provinzbehörden noch immer geübte zwangsweise Ausschreibung von Arbeitskräften verboten, da diese der neuen sozialistischen Wirtschaftspolitik widersprechen und außerdem in Anbetracht der massenhaften Arbeitslosigkeit direkt schädlich sei. Lediglich bei elementaren Katastrophen und bei Ableistung der Arbeits- und Gewerbesteuer dürfe die Arbeitskraft der Bevölkerung zwangsweise in Anspruch genommen werden. Inzwischen arbeitet die Sowjetregierung bereits im Geiste aus, welches die Abgeltung der letzteren Steuern in Geldform ermöglichen soll.

Streikbewegung in Amerika.

In Chicago sind gestern 6000 Strohhalmarbeiter wegen der beschleunigten Lohnüberprüfung in den Ausstand getreten. Aus Havana liegen Nachrichten vor, wonach 20 000 Eisenbahner wegen einer 17prozentigen Lohnverfälschung in den Streik getreten sind.

Achtung! Oxemfabrik D. Kothersstraße. Die Arbeit wird morgen, Donnerstag, in allen Abteilungen zur üblichen Zeit wieder ausgenommen.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein Berlin 22. Säbwarenstraße. Berlin-Lichtenberg, Donnerstag 7 1/2 Uhr im Restaurant Köhlerstraße, Köhlerstraße.

Zentralverband der Maschinen- und Heiler. Freitag 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Anhalter 24, Saal 1: Allgemeine Funktionärerversammlung - Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, pünktlich zu der Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Der Wiederaufbau der Schifffahrt.

In einer Sondernummer der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung „Rhein-Rain-Donau“ schreibt Reichsanwalt Dr. Birck über den Wiederaufbau der deutschen Schifffahrt, daß wie die deutsche Welt Handelsflotte so auch die deutsche Binnenschifffahrt, die an Schiffen und Material rund 20 Prozent ihres Vorkriegsbestandes verliert, durch die Verfallener Bestimmungen aufs schwerste getroffen ist. An die Feststellung, daß auch die Hoheitsrechte des Deutschen Reichs auf seinen Binnengewässern durch den Frieden aufs stärkste eingeschränkt sind und den fremden Nationen die Freiheit der Schifffahrt unter voller Gleichbehandlung mit den Deutschen gewährt ist, knüpft der Reichsanwalt den Wunsch, daß diese Gleichbehandlung auf dem gesamten Gebiet der internationalen Rechts- und Wirtschaftsbeziehungen zum Durchbruch gelangen möge. Der Großschiffahrtsweg Rhein-Donau verfallener Krieg wegen die Mission, die Deutschland trotz dem verlorenen Krieg schon wegen seiner geographischen Lage beim Wiederaufbau Mitteleuropas zu erfüllen hat. Die Erkenntnis der Wichtigkeit der Verkehrsaufgaben, die hierbei von allen Staaten in gemeinsamer Arbeit zu erfüllen sind, sei auch auf der Konferenz von Genoa gefördert worden. Der neue Großschiffahrtsweg verbindet das weite mit dem östlichen Europa und bildet so letzten Endes eine der wirtschaftlichen Brücken zwischen Europa und Asien. Für uns Deutsche stelle er daneben ein politisches wertvolles Symbol dar, nämlich das der in niedrigeren Verbindung von Nord und Süd, bestimmt, auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit der deutschen Länder zu stärken.

Fusion Oberlofs-Schering. In der chemischen Industrie ist eine Fusion zweier der bekanntesten Werke im Gange. Die Oberlofs-Schlesische Koks- und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft gibt bekannt, daß sie den im Besitz der Interessengemeinschaft Dürecker-Schultheiß-Bayenhofer-Kohlbaum befindlichen Aktien-Bestand der Chemischen Fabrik auf Aktien (normaler E. Schering) erworben hat. Durch Aktienaustausch soll diese Fabrik ganz in den Oberlofs'schen Besitz kommen.

Die Betriebsmittel der Konsumvereine. Die dringende Mahnung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, für ausreichende Stärkung der Betriebsmittel durch entsprechende Festsetzung der Mitgliedsbeiträge zu sorgen, wird erstreckerweise an manchen Orten gewissenhaft befolgt. So erhöhen in der letzten Zeit den Mitgliedsbeitrag auf 1000 M. die Vereine in Pößitz, Roda (Thüringen), Rodslitz, Bredsdorf, Freiburg (Schlesien), Dautenbrück, Barmen, Chemnitz, Dürenmühlhölzer, Düsseldorf, Bielefeld, Cöln, Minden, Dortmund, Elberfeld, Hebert, Schmöldern. In einer sehr großen Anzahl weiterer Vereine wurden Beiträge von 500 bis 600 M. festgelegt.

Die Sowjets gegen Industriehetzjäger. Sehr bemerkenswert ist die scharfe Ablehnung, mit der die russische Sowjetrepublik erklärt, der Macht ihrer Trustleiter gegenübersteht. Der Ober-Volkswirtschaftsrat hat den Beschluß einer Konferenz von Staats-Syndikaten und Trusts, eine Arbeitsgemeinschaft mit diesem Bureau zu bilden, nicht bekräftigt, und das Gefühl der Konferenz, den Syndikaten eine Vertretung im Regierungsausschuss zur Organisation der Nishni-Nowgoroder Welle zu gewähren, gelehnt. Man sieht das auf eine direkte Einwirkung der leitenden Regierungskreise zurück. Bezeichnenderweise hatte die wirtschaftsorientierte „Ekonomschaja Schina“ die Nachricht über den Zusammenstoß zum Anlaß für eine scharfe Kritik der staatlichen Industrieorgane genommen, die auf eine völlige Unabhängigkeit von der staatlichen Leitung hinarbeiteten und an Stelle des Staatskapitalismus in praktischem anarchischen Kapitalismus reinsten Wassers legen wollten. Das Blatt verlangte, daß die Regierung die Zügel straffer anziehe und die „Syndikat- und Trustleute“ auf den gebührenden Platz verweise. Eine gleichzeitige Verfühlung des Obersten Volkswirtschaftsrates unterlag den Syndikaten und Trusts, Aktien oder Anteilscheine der gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaften ohne seine Genehmigung in jedem Einzelfalle zu übernehmen.

Wirtschaftliche Industriefotografie. In Moskau hat eine allrussische Konferenz sämtlicher staatlicher Gebietsverwaltungen der russischen Industrie tagend. In einer Resolution verlangte die Konferenz die Umgestaltung des Obersten Volkswirtschaftsrates in ein Volkswirtschaftsamt für Handel und Industrie. Durch diesen Beschluß wird der Kampf mit dem Außenhandelskommissariat wieder entlockt, welches seine Ausgestaltung zu einem einheitlichen Handelskommissariat erstrebt. In seinem Konferenzbericht teilte der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates Bogdanow u. a. mit, 80 Proz. der gegenwärtig in der russischen Industrie beschäftigten Arbeiter gehörten der zu autonomen Trusts zusammengefaßten Staatsindustrie an. Die Heizmittel- und die elektrische Industrie sei zu 100 Proz., die Textilindustrie zu 95 Proz., die chemische Industrie zu 81 Proz., die Metallindustrie zu 66 Proz. usw. trustifiziert. Die gegenwärtige Konkurrenz der Trusts werde durch ihre Zusammenfassung zu staatlichen Syndikaten ausgeschaltet, die bereits 80 Proz. der trustifizierten Industrie umfassen. Von 12 500 Betrieben, die verpachtet werden sollten, seien bisher 10 000, davon 6000 Mühlen, verpachtet worden. Das Personal der zentralen und der lokalen Verwaltungen des Obersten Volkswirtschaftsrates sei von 270 000 Beamten im März d. J. nunmehr auf 25 000 Beamten gekürzt worden.

Verantwortlich für den Inhalt: Emil Franz Köhler, Berlin-Lichtenberg, für Anzeigen: E. Gode, Berlin. Verlag: Hermann Köhler & Co., Berlin. Druck: Hermann Köhler & Co., Berlin-Lichtenberg, Paul Singer u. Co., Berlin, Gutenbergstr. 2.

Rein lieber u. treuer. Wann der Steinweg. Albert Kleinert, Schöneberg, Ebersstraße 43, ist am Sonntag früh 1/2 1/2 lauch einzuhalten. Berichtigung Donnerstag 9 Uhr Gröbber Roggen. Die Inwarte Witas Susanna Kleinert.

Moderne Damentaschen. Spez.: Autolack- u. Florida - Rindleder. Wichtig für: Wiederverkäufer! Auch Einzelverkauf. Lederwarenfabrik P. Mezel, Prinzessstraße 89, an der Kottbusstraße.

Maßkorsetts und Reparatur. Fr. L. Bangartz, Frau, Ullr. Badstraße 31, Wohnung: Haselstraße 233A.

Passage-Bad Kottbus Damm 79. vollständig rennov. vorabreich folgende Bäder: Wannen-, Sol-, Fichtensch., Stahl-, Anst., röm., Schwefel-, Kohlenäure-, Sph., Kohlen-, Sumpfsäuren-, lauch Bäder. Cicler, sämtl. Kranke, Frauen, röm., Ped. 1. Dam. Mittw. 10-1.

Perser-Teppiche Klaviere, Flögel. Ich bin Tagelager, zahlr. Samml. Pallaststr. 9, Karl. 918.

Kleide dich billig, elegant. Nur bei Garderoben-Franck. Neuhöll, Sömmische Str. 47, 1 Minute vom Richardplatz.

Geschlechtskranke. Syphilis, Männerchwäche, Frauenleiden, Hartnäckige veraltete Aussätze finden schnelle Hilfe ohne Berufsunfähigkeit durch Phorosanos neues deutsches Reichspatent. Taxierend, auch die schwersten Fälle, die anderwärts jahrelang ohne Erfolg behandelt waren, werden d. Phorosanos kurzfristig geholt. Täglich viele Dankreden u. Dankschreiben. Untersuchung und Anweisung kostenlos. Teilzahlung, gewissenhafte ärztliche Leitung. Phorosanos Heilanstalten: Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosenthaler Platz. - Getrennt für Herren und Damen. - Sprechst. 10-1, 4-7, Sonntags 10-12.

Suche zur Selbstverwertung Edelsteine und Edelmetalle zu höchsten Preisen. G. Schliephacke, Juwelier, Friedrichstraße 210, Ecke Kochstraße. Spezial-Arzt Dr. Scotti für Haut- und Geschlechtskrankheiten, veraltete Herpes, Syphilis-Kuren, Hautuntersuchung, Aesthet. Loosar-Institut. Pir.: Löser senior, Rosenthaler Str. 109, 70, 2. Damenz. separ.

Patente werden in enorm hohen Preisen Metalleinkauf u. -Schmelze. Brodowitsch, 50, Ecke Tiermarkt. Telefon: Haselstr. 302. - G. Schmidt.

Quecksilber taucht in enorm hohen Preisen. Metalleinkauf u. -Schmelze. Brodowitsch, 50, Ecke Tiermarkt. Telefon: Haselstr. 302. - G. Schmidt.

Zinn. Gold-, Silber-Bruch. Quecksilber. Met. Kupfer, Platin usw. taucht u. Angrosspreise. Schornow, Lange Str. 35, am Schöneberg Bahnhof. Lange Straße 99, Ladell.

Geschlechtsleiden. Ihre Erkennung und Heilung ohne zu läugern. Reduktion und ihre Wirkung. Ohne Verschlebung! Nachst viele Erfolge. Ausführl. Besch. befindet per Post gegen Einzahlung von 7 M. Dr. H. C. Kaveler, med. Verleg. Hannover, Odenstraße 3.

Städt. subv. Technikern Sternberg Meckl. Maschinenbau Elektrotechnik Hochbau Tiefbau.

Münzstr. 24 Erste Etage. BERLOWITZ Münzstr. 24 Erste Etage. Günstigste Bezugsquelle für Schuhwaren.